Dezember 1909.
Berlin.



No. 160
22. Jahrgang (44. Semester).

Monatsberichte

der

Freien Wissenschaftlichen Vereinigung

an der Universität Berlin

und der

Freien Wissenschaftlichen Vereinigung

an der Technischen Hochschule zu Berlin.

Kneipe: SW.48, Wilhelmstrasse 118 (Vereinshaus).

Der Inhalt der Monatsberichte ist streng vertraulich!

Dieser Nummer liegt eine Postanweisung bei. Wir bitten den **Semesterbeitrag** (mindestens **2 Mk**) an Bbr. **Ernst Meyer**, C. 25, Münzstr. 4, zu senden.

Avis!!! Wir bitten die Artikel für die M.B.M.B. auf einseitig beschriebenem Bogen mit einem Rand für Korrekturen abzufassen.

Zur Einführung.

Mit dem neuen Semester hat eine neue Redaktionskommission die Herausgabe der Monatsberichte übernommen. Es ist üblich, die Tätigkeit mit kurzen Worten einzuleiten. Da nun die Zusammensetzung der Kommission fast dieselbe geblieben ist — es hat nur ein Wechsel im Vorsitz stattgefunden —, so ist auch wenig zur Einführung zu sagen. Die Monatsberichte werden sich nach wie vor bemühen, den auswärtigen Bbr. einen möglichst getreues und objektives Bild von der Vereinstätigkeit zu übermitteln. Als besonderes Mittel hierzu beabsichtigt die Kommission, über die in der Vgg. gehaltenen Vorträge genaue Referate erscheinen zu lassen. Diese Berichte sollen hauptsächlich von den jüngeren Aktiven geliefert werden, hierdurch hofft die Kommission einen doppelten Zweck zu erreichen, erstens den jungen Bbr.Bbr. Gelegenheit zu schriftlicher Betätigung zu geben, und zweitens, unseren Auswärtigen auf diese Weise unseren Nachwuchs persönlich und auch in den Anschauungen bekannt zu machen.

Wir hoffen, dass wir mit dieser Ausgestallung eines wichtigen Teiles der MB.MB. den Beifall unserer Leser finden, und versprechen, darüber auch die anderen Teile nicht zu vernachlässigen.

Zum Schluss bitten wir um recht rege und nachdrückliche Teilnahme an den in den MB.MB. zur Diskussion gestellten F.W.V.er Zeit- und Streitfragen.

Die Redaktionskommission.

Weihnachtsausflug!



Bezugnehmend auf unsere Anregung in der letzten Nummer der Monatsberichte sind wir heute imstande mitzuteilen, dass wir auf unsere Anfragen an verschiedene Sektionen des Riesengebirgsvereins bezw. an einzelne Gastwirte und Gemeindevorstände ausserordentlich günstige Angebote erhalten haben. Es wird danach möglich sein, den Ausflug mit sehr geringen Mitteln in die Wege zu leiten. Da die Hin- und Rückreise nach Krummhübel oder Schreiberhau nur etwa 20 M. kostet, und da weiter eine ausreichende Tagespension incl. Logis für 3 bis 5 M. zu verschaffen ist, so würden sich die Gesamtkosten des Weihnachtsausfluges auf 40 bis 50 M. stellen, zumal die A.H.A.H. es liebenswürdiger Weise übernommen haben für die Getränke und sonstiges Nebenbei zu sorgen.

Wie uns weiter mitgeteilt wird, herrscht rege Nachfrage nach den Hotels und Pensionen im Riesengebirge, so dass wir uns in sehr kurzer Zeit mit bestimmten Angaben anzumelden haben.

Für Auswärtige können wir daher Anmeldungen nur bis zum 10. Dezember cr. berücksichtigen, Hiesige Bbr.Bbr. müssen sich bis zum 1. cr. gemeldet haben, da uns die äusserste Frist hierfür nicht weiter gesetzt werden konnte.

Die Abfahrt von Berlin wird wahrscheinlich am Morgen des ersten Weihnachtsfeiertages erfolgen, wer früher fort kann, mag es tun. Interessenten erhalten genau ausgeführte Marschroute und Programm nach Meldung zugeschickt. Beabsichtigt ist ein mehrtägiger Aufenthalt in Krummhübel oder Schreiberhau zum Zwecke der Ausübung des Wintersports und zur Veranstaltung von Tagestouren, je nach Geschmack und Belieben der einzelnen Teilnehmer.

Anmeldungen bitten wir an Bbr.

stud. jur. Friedrich Kramer, Charlottenburg 4,
Suarezstrasse 5,

zu richten. Die Redaktions-Kommission.

Monatsbericht.

Am 1. November begannen wir unser 58. Semester mit einem Vortrag von Prof. Ludwig Bernhard über „Modernen Parlamentarismus". Leider hatten wir infolge eines unerhörten Vertragsbruchs unseres Wirts, für den dieser inzwischen reumütig gebüsst hat, nur unser Kneiplokal, nicht den Saal zur Verfügung, so dass das recht zahlreich erschienene und vielgestaltige Publikum — Damen und Herren im Alter von 17—70 Jahren — bis auf den Flur dichtgedrängt stand. Wir waren ja auch imstande, eine Sensation zu bieten, um die mancher Berliner Theaterdirektor uns beneidet haben mag: der Name Ludwig Bernhard hatte „gezogen". Der junge Gelehrte, der 1902 seinen Referendar gemacht, es also in weniger als 7 Jahren zum Ordinarius in Berlin gebracht hat, gab uns einen kurzen, scharf umgrenzten und durchdachten Abriss der Entwicklung des Parlamentarismus, von der hohen Warte der politischen Neutralität aus gesehen (s. Referat!). Er errang sich, ebenso wie bei seiner, wenige Tage vorher gehaltenen Antrittsvorlesung in Berlin, den stürmischen Beifall des Auditoriums. Nachdem die zur Kneipe ungeeigneten Elemente hochbefriedigt den Rückzug angetreten hatten, begann die eigentliche Antrittskneipe, die nach einem ausgedehnten Offizium eine feuchtfröhliche Fi- und Urfidelitas zeitigte, zu deren Gelingen im besonderen eine ausgezeichnete Bierrede beitrug, die abwechselnd von den A.H.A.H. Buka und Calmon gehalten wurde.

Am Donnerstag, den 4. November, sprach Herr Dr. Rehfisch, der Vater unseres Bbr. — ein ehemaliger F.W.V.er — über „Moderne Herzdiagnostik". Die vorher geäusserte Befürchtung des Herrn Vortragenden, der Spezialist für Herzkrankheiten ist, er werde den Nichtmedizinern unverständlich bleiben, wurde auf der ganzen Linie widerlegt. Im Gegenteil, er wusste uns in ausserordentlich klarer und leichtfasslicher Art und Weise die ärztliche Kunst in der Erkenntnis abnormer Herztätigkeit vorzuführen. Der reiche Beifall war ein Ausdruck warmen Dankes der Korona. Denn selten haben F.W.V.er, soweit ich mich erinnern kann, soviel bei einem Vortrag wirklich gelernt.

Am Montag, den 8. November, „stieg" die zweite Sensation des Semesters, der Vortrag des — man denke! — fünffachen Grossgrundbesitzers (Majoratsherrn), Kaiserl. Legationssekretärs Adolf von Flöckher, eines Herrn von der Diplomatie (spr. „Diplomaçi"), der ausgezeichnet angezogen war, ein ausgezeichnetes Monocle trug und ausgezeichnete Manieren hatte. Das wäre alles, was ich über diesen Vortrag zu berichten hätte (s. Referat!).

Am Donnerstag, den 11. November, sprach A.H. Richard Georg Salomon über die „Entwicklung der englischen Kolonialmacht". Seine Ausführungen zeugten von einer seltenen Beherrschung des Wirrwarrs der Fäden der Weltgeschichte, die nur das Resultat einer ganz eminenten Arbeitsleistung sein kann. Es sei ihm auch an dieser Stelle nochmals der herzlichste Dank der Vgg. ausgesprochen!

Der 15. November brachte uns den Vortrag von Frl. Dr. Duensing über „Pflegerische und sozialpolitische Jugendfürsorge", zu dem mehrere Vertreterinnen des V.st.F. unserer Einladung gefolgt waren. Die Dame, die an der Leitung der hiesigen Zentrale für Jugendfürsorge hervorragend beteiligt ist, versuchte nach Kräften, für ihre gewiss segensreichen Bestrebungen Propaganda zu machen, neigte jedoch vielfach zu allzu radikalen Uebertreibungen. Wie es in der Natur der Sache liegt, brachte der Vortrag mehr einen Ueberblick über die Organisation der Jugendfürsorge, als dass er uns mit neuen Ideen und neuen Richtungen bekannt gemacht hätte.

Ganz im Gegensatz dazu wusste Herr Oberstleutnant a. D. Prof. Dr. Pochhammer am 18. mit seinem Vortrag über Dantes „Divina Comedia" und Goethes „Faust" das wieder recht zahlreich erschienene Publikum, das mindestens zur Hälfte aus Gästen, zum Teil Freunden von Prof. Pochhammer, bestand, vom ersten bis zum letzten Wort in Spannung zu halten. Er begann damit, dass die F.W.V. eine alte Liebe von ihm sei, dass er vor langen Jahren ihr gern nahegetreten sei und versucht habe, sie zur Mitarbeit an seinem Lebenswerk zu gewinnen, dass aber dann ein Vortrag über den „Zauberer Virgil" ihm arg gegen den Strich gegangen sei und ihn veranlasst habe, sich jahrelang von der Vgg. fernzuhalten. Dann ging er zu seinem Thema über und bot eine wohl in jeder Hinsicht vollendete und geistreiche Plauderei über Dante und Goethe. Da aber, wie die darauf folgende lebhafte Diskussion bewies — es sprachen nur die Bbr. Bbr. Gutmacher und Rehfisch —, die wenigsten der anwesenden F.W.V.er ihre Nasen jemals

in Dante versenkt haben (vielleicht auch in Goethe?) so krankte der Vortrag leider daran, dass er zuviel Kenntnis voraussetzte und deshalb teilweise unverständlich blieb. Für den Kenner allerdings muss er ein „geistiger Leckerbissen“ gewesen sein. —

Was den rein geschäftlichen Teil des Monatsresumés anbetrifft, so ist nur zu registrieren, dass in recht zahlreichen Generalversammlungen und Konventen bisher nicht ein einziger Antrag, der auf der Tagesordnung stand, zur Verhandlung gelangt ist, sondern dass die Vgg. mit Entlastungen, Neuwahlen, Debatten über mangelnde Disziplin, Lesehallenwahlen und Geschäftsordnung (Walter Simon und Kornik) vollauf beschäftigt war. Eine Durchbrechung dieses F.W.V.erprinzips wird hoffentlich die A.O.G.V. vor dem „Alten Herren-Abend“ am 22. November gebracht haben. (Näheres unten.)

Und last, not least — beinah' hätt' ich's vergessen — allen die frohe Mitteilung, dass das Semester unter den günstigsten Auspizien begonnen hat, da schon 5 neue Bbr.Bbr. aufgenommen sind und weitere 4 Aufnahmegesuche (eins davon für Charlottenburg!) vorliegen. Vivant sequentes.

Erwin Mühlberg, F.W.V.✕

Monatsbericht der Heidelberger F.W.V.

Hie grosse Töne von den grossen Tugenden und Vorzügen der F.W.V. — hie Leistungen, die noch tief unter dem Nullpunkt stehen. In stolzer Positur verkünden A.H.A.H., dass es, weil es früher hier in Heidelberg gegangen ist, auch jetzt noch ad infinitum weitergehen muss. Und diese mit dem Brustton der Ueberzeugung sprechenden Bundesbrüder berücksichtigen nicht, dass sich seit den Zeiten ihrer Aktivität die Verhältnisse hier in Heidelberg ganz gründlich geändert haben. Die Freie Studentenschaft hat sich zu einer Vereinigung entwickelt, die ihren Mitgliedern wirklich vieles zu bieten imstande ist und die mit den Kapazitäten der Wissenschaften in Verbindung steht. Was man bei dem derzeitigen Heidelberger Korporatiönchen, F.W.V. genannt, eben nicht behaupten könnte. Und wenn schon dieser Vergleich sehr zuungunsten der Heidelberger F.W.V. ausfällt, wenn es schon bei dieser doch wahrhaft genügend kleinen Korporation nicht möglich ist, ein ernsthafteres Freundschaftsverhältnis zwischen den Mitgliedern herbeizuführen, so ist es gewiss selbstverständlich, dass auch in wissenschaftlicher Beziehung der Vergleich mit der Fr. St. nicht ausgehalten werden kann. Was ist denn das für ein Gedankenaustausch, der sich bei einer so schwachen Vereinigung entwickeln kann? Wollen die Bbr.Bbr., die meinen, weil's früher ging, muss es auch stets so weiter gehen, mir doch endlich mal sagen, womit man Kommilitonen keilen soll und was diese veranlassen könnte, bei uns aktiv zu werden? Ich halte mich für berechtigt, der Berliner F.W.V., zumal ich auch in ihr aktiv bin, zu sagen, dass ich die geringe Unterstützung, die der so viel antelegraphierten Bundeskorporation von Berlin aus bisher zuteil geworden ist, für unerhört gering halte. Wenn ich auch ganz genau weiss, dass es bei unserer Korporation nicht möglich ist, Leute einfach abzukommandieren, so ist es doch bei einigem guten Willen ganz gut möglich, einige Füxe zu veranlassen, hierher zu kommen. Den Herren Füxen, die aus Berlin herausgehen, ist es doch meist gleichgültig, wo sie hingehen. Also wäre es doch bei einiger Bearbeitung erst recht sicher, dass einige Bbr. Bbr. hierher kommen.

Wenn nun der Berliner F.W.V. überhaupt etwas am Weiterbestehen der hiesigen F.W.V. gelegen ist, so müssen im nächsten Semester sich mindestens 5 Bbr.Bbr. hier einfinden, die voll aktiv werden. Denn von den derzeitigen Aktiven ist samt und sonders keine Aktivität mehr zu verlangen, da sie vor dem Physikum stehen und auch durchweg längere Zeit aktiv waren. Es ist aber absolut nötig, dass die Bbr.Bbr., die nächstes Semester hierher kommen wollen, bereits jetzt eine dahingehende Erklärung abgeben, damit wir wissen, worauf wir uns gefasst machen müssen.

Nun noch kurz der Monatsbericht für November: Am 6. November sprach bei Anwesenheit von einigen A.H.A.H. und Gästen A.H. Dr. Neter über das Thema „Schülerselbstmorde“. Es ergab sich nach dem sehr interssanten Referat eine rege Diskussion.

Am 10. November war Spielabend, am 17. sprach Vbr. Carl Rosenthal über das Thema „Syphilis und Kultur“, ein Thema, das gleichfalls eine grosse Diskussion ergab.

So ist es also möglich, auf einmal mehrere dieser Entwicklungsstadien zu erleben, wenn nämlich ein Staat zum ersten Male ein Parlament bekommt, während ein andrer bereits lange ein solches besitzt. Gerade unsere [illegible] hat Gelegenheit, dies zu beobachten. Das erste [illegible] repräsentiert.

Die Aussenpolitik der Vereinigung.

Es zeigte sich, dass diejenigen, die zu der Beratung über eine Beteiligung an den Wahlen zum Direktorium der akademischen Lesehalle das Wort ergriffen hatten, nicht zu viel gesagt hatten, als sie behaupteten, die Lesehalle an und für sich sei nicht die Mühe und die Kosten wert, die darauf verwendet würden. Bbr. Löwenthal und ich hatten die Aufgabe, die F.W.V. im Direktorium zu vertreten. Die Sitzungen waren in der Regel von einer unbeschreiblichen Langeweile. Es wurde z. B. darüber beraten, ob der „Dziennik Kujawski für Hinterpommern“ oder der „Konservative Landbote für Ingelfingen“ noch in einem Exemplar für die Lesehalle angeschafft werden müsste, oder ob die Richtung, die durch diese Blätter vertreten wird, schon in einer

genügenden Anzahl von Exemplaren zum Ausdruck kam. Nur einmal kamen die schlummernden Gegensätze zwischen den einzelnen Parteien zum Durchbruch. Das war, als das Direktorium eine Einladung zu einem Kommers erhielt, der von verschiedenen „nationalen“ Vereinen zu Ehren des bekannten Herrn Dr. Peters veranstaltet worden war. Der Vertreter der F.W.V. beantragte, dieser Einladung nicht Folge zu leisten mit Begründung, dass erstens das Direktorium sich nicht an derartigen parteipolitischen Kundgebungen zu beteiligen habe; es habe zunächst nur die Aufgabe, die Lesehalle zu verwalten; soweit es diese Befugnisse überschreite, habe es sich nur mit studenten-politischen Massnahmen zu befassen. Zweitens müsse das Direktorium aus dem Grunde der Veranstaltung fernbleiben, weil es durch seine Beteiligung indirekt dazu beitragen würde, der Studentenschaft die Gewährung des langersehnten Ausschusses zu verzögern. Solange nämlich das Direktorium sich dazu hergebe, nach aussen hin als Vertretung der Studierenden aufzutreten, solange sei die Schaffung einer wirklichen Vertretung der Studentenschaft durch einen Ausschuss in den Augen der Behörden nicht vonnöten. Nach langem Drängen und einer teilweise recht scharfen Debatte gab der Vorsitzende, ein V.D.St.er, zu, dass es sich hier um eine politische Angelegenheit handle; da es aber eine nationale Frage sei, dürfe hier die Studentenschaft nicht versagen. Die jüdische Partei und der Vertreter der Freien Verwaltungs-Partei glänzten durch Abwesenheit. (Von der Freien Verwaltungs-Partei war nur eine Dame anwesend, die sich aber nicht an der Debatte beteiligte, „weil es keinen Zweck hätte“.) Bei der Abstimmung wurde die Beteiligung am Kommerse beschlossen mit 7 gegen 2 Stimmen. Dafür stimmten sämtliche Nationalen, dagegen noch 1 Stimme der Freien das recht zahlreich erschienene und vielgestaltige Publikum — Damen und Herren im Alter von 17—70 Jahren — bis auf den Flur dichtgedrängt stand. Wir waren ja auch imstande, eine Sensation zu bieten, um die mancher Berliner Theaterdirektor uns beneidet haben mag: der Name[illegible] und die Herren, die nicht auf nationalem Standpunkte stehen, können ja dagegen stimmen.“ Auf einen Protest seitens des Vertreters der F.W.V., der sich dagegen wehrte, dass die „andern Herrn“ nicht auf nationalem Standpunkte ständen, liess er sich herbei, seine Aeusserung zu korrigieren.

Die Vertreter der F.W.V. sollten aber im Direktorium noch andere Aufgaben erfüllen. Die F.W.V. hat im vorigen Jahre, als ihre Programmpunkte folgende Forderungen aufgestellt: 1. Ausschuss, 2. studentisches Vereins- und Versammlungsrecht, 3. Abschaffung des Testierzwanges. Es ist nun ein merkwürdiges Spiel des Zufalles, dass alle diese Fragen auch ohne das Zutun der F.W.V. im letzten Jahre, wenn nicht erledigt, so doch zum Teil erfüllt, zum Teil an den zuständigen Stellen ausführlich erörtert wurden. Der Testierzwang besteht nur noch zum Teil an der Berliner Universität, das Abtestieren ist jetzt weggefallen, hoffen wir, dass auch mit dem überflüssigen Antestieren aufgeräumt wird.

Die Reform des studentischen Vereins- und Versammlungsrechts gab zu Anfang des Jahres im Landtag Anlass zu ausführlichen Erörterungen, die aber zu keinem Resultat führten. Auch die Frage des Ausschusses ist jetzt endlich in Fluss gekommen. Die im nächsten Jahre stattfindende Zentenarfeier der Universität Berlin liess es den akademischen Behörden als wünschenswert erscheinen, der Studentenschaft aus freien Stücken einen Ausschuss als würdige Vertretung der Studentenschaft zu gewähren. Dieser Ausschuss ist natürlich als Festausschuss geplant, aber er kann die Grundlage für einen dauernden Ausschuss abgeben, wenn die Studentenschaft den Willen hat, diese Forderung energisch zu vertreten. Die Gelegenheit, ihren Willen durchzudrücken, ist für die Studentenschaft günstiger denn je. Sie braucht nur zu erklären: „Wenn Ihr uns keinen dauernden Ausschuss geben wollt, dann könnt Ihr die Zentenarfeier ohne die Studenteenschaft begehen.“ Dies ist natürlich undenkbar, und wenn die Studenten fest bleiben und nicht, was ja zuweilen auch vorkommen soll, umfallen, dann müssen die Behörden, auch Herr Daude, nachgeben.

Die Vorberatungen der Korporationen und der Finken über die Bildung des Ausschusses haben schon stattgefunden. Der Rektor musste natürlich bestrebt sein, unter Berücksichtigung der sich diametral gegenüberstehenden Forderungen der inkorporierten und der nichtinkorporierten Studenten eine geeignete Basis für die Verhandlungen zu gewinnen. Er entschloss sich, die Zahl von 60 Ausschussmitgliedern im Verhältnis von 30 : 30 unter Korporationen und Finken zu verteilen, obwohl das Verhältnis der nichtinkorporierten zu den inkorporierten Studenten etwa 2 : 1 beträgt. Damit waren aber die Korporationen nicht zufrieden, und es gelang ihnen, den Rektor zu einer Aenderung in dem Sinne zu bewegen, dass die Finken zwar auf jeden Fall ihre 30 Vertreter erhalten sollen. Bringen sie aber weniger als 3000 Stimmen auf, dann erhalten die Korporationen für jedes volle Hundert, das an der Zahl 3000 fehlt, einen Vertreter mehr. Dies entspricht natürlich den Wünschen der Finken umso weniger, als der Rektor erst in letzter Stunde mit diesem Anerbieten hervorgetreten ist, obwohl er schon vor Wochen den Korporationen in diesem Sinne bindende Zusagen erteilt hatte.

Die F.W.V. nimmt ja bekanntlich den Finken gegenüber eine andere Stellung ein als die anderen Korporationen. Sie hatte daher einen schwierigen Stand, als sie in den Korporationsversammlungen die Ansicht vertrat, dass das Verhältnis der Vertreter der Finken und der Korporationen etwas mehr den Forderungen der Gerechtigkeit entsprechen sollte. Sollten die Freistudenten, wie zu erwarten ist, in den nächsten Tagen gegen die ihnen in letzter Stunde vorgeschlagene Regelung protestieren, sollten sie vor allen Dingen die nicht ganz klare Haltung des Rektors zum Gegenstande einer Abwehrkundgebung machen, so wird die Vereinigung keinen Anstand nehmen, ihnen in ihrer Stellungnahme beizupflichten.

Die Aussenpolitik der Vereinigung wird aber in den nächsteen Tagen noch eine weitere Ausdehnung erfahren. Die Beteiligung an den Wahlen zur akademischen Lesehalle wird der F.W·V. wieder Gelegenheit geben, sich mit ihren Ideen an weitere Kreise der Studentenschaft zu wenden. Es war ursprünglich beabsichtigt worden, mit der Freien Verwaltungs-Partei, die uns ja in vielen Beziehungen nahesteht, für die bevorstehenden Wahlen ein Kartell zu schliessen, zumal die Frage des Ausschusses, die ja von der Vereinigung am meisten propagiert wird, durch die schwebenden Verhandlungen über den Festausschuss einer endlichen Regelung nahegebracht zu sein schien. Die Verhandlungen mit der Freien Verwaltungs-Partei scheiterten aber an dem Eigenwillen der leitenden Herren, die — vielleicht nicht mit Unrecht — befürchteten, dass die Freie Verwaltungs-Partei bei einem gemeinsamen Vorgehen allgemein als Organ der F.W.V. betrachtet werden würde. Die F.W.V. zieht also wieder allein in den Wahlkampf. Diese Tatsache ist um so erfreulicher zu begrüssen, als sie den Anlass geboten hat, die Agitation der Vereinigung nach aussen und ihre Tätigkeit nach innen auf eine ganz neue Grundlage zu stellen. Die A.H.A.H. Felix Herz und Alfred Apfel hatten sich der dankenswerten Mühe unterzogen, ein Reformprogramm der Vereinigung auszuarbeiten. Dieses Reformprogramm hatte zwei Aufgaben zu erfüllen: es sollte einmal eine gute Waffe im Kampfe um die Lesehallen abgeben, es sollte aber andererseits drr Vereinigung neue Aufgaben schaffen. Es sei hier gestattet, den Gedankengang dieses Programms zu skizzieren. Die Vereinigung verlangt vor allem einen dauernden allgemeinen Studentenausschuss. Dieser Ausschess soll sich aber nicht in der Regelung von Fragen der Repräsentation erschöpfen, er soll auch nicht den Antisemiten und den Juden Gelegenheit geben, auf einem neuen Kampfplatz ihre Kräfte zu messen, sondern er soll grosse positive Aufgaben lösen. Er soll sich zum Mittelpunkt aller Reformbewegungen innerhalb der Studentenschaft machen. Alle Ideen, die die Berliner Studentenschaft bewegen, sollen dort ihren Niederschlag, dort ihre endgiltige Lösung finden. So fordert die Vereinigung, dass der Ausschuss sich zu beschäftigen habe mit einer Regelung der Satisfaktionsfrage. Es ist zunächst hierfür gleichgiltig, ob die Vereinigung den Standpunkt der unbedingten Satisfaktion vertritt oder nicht, Fragen wie diese, können nicht von einer einzelnen Korporation, sondern nur von der Gesamtheit aller Studierenden gelöst werden. Der Ausschuss soll ferner Stellung nehmen zu der Frage des studentischen Vereins- und Versammlungsrechts. Er soll die Sportfrage in dem Sinne erledigen, dass allen Studierenden Zeit und Gelegenheit zu ausreichender Betätigung geboten wird. Er soll sich ferner beschäftigen mit der Frauenfrage und mit der Frage des Alkoholmissbrauchs. Alle diese Ideen sollen dort in freiheitlichem und fortschrittlichem Sinne geregelt werden.

Wir konnten dieses Programm nur in den Grundzügen angedeuten. Eine eingehende Erläuterung sowie eine genaue Spezialisierung der einzelnen Forderungen wird Gegenstand eines besonderen Artikels sein. Die Vereinigung selber hat hierzu noch nicht endgültig Stellung genommen. Sie hat sich zunächst nur entschlossen, das Eintreten für eine einheitliche Regelung aller dieser Fragen durch einen Ausschuss zur Grundlage ihrer Agitationen bei den kommenden Lesehallenwahlen zu machen. Die Stellung der F.W.V. zu den hier angeführten Problemen würde teilweise eine Statutenänderung involvieren und kann daher nur in einer Generalversammlung ausdrücklich festgelegt werden. Hoffen wir, dass die Vereinigung den Mut haben wird, mit alten Vorurteilen zu brechen, und hoffen wir, dass es ihr gelingen möge, an die Stelle überlebter und phrasenhatter Abwehrtendenzen positive Aufgaben zu setzen.

Max Auerbach, F.W.V.

Moderner Parlamentarismus.

Prof. Dr. Ludwig Bernhard

Wie überall in der modernen Forschung, so fanden wir auch in dem Bernhard'schen Vortrag den Entwicklungsgedanken als Grundlage des ganzen Systems vor.

Dass er trotzdem einzelne Stadien unterscheidet, beruht auf rein systematologischen Erwägungen und widerspricht hier ebensowenig wie auf allen anderen Gebieten dem Grundsatze der Kontinuität der Entwicklung. Bernhard lässt sich von der Zeitfolge leiten und charakterisiert nacheinander die drei Stadien, die sich in der Entwicklung eines jeden Parlamentes erkennen lassen, gleichgültig, in welchem Jahrhundert es entstanden ist. So ist es also möglich, auf einmal mehrere dieser Entwicklungsstadien zu erleben, wenn nämlich ein Staat zum ersten Male ein Parlament bekommt, während ein andrer bereits lange ein solches besitzt. Gerade unsere Zeit hat Gelegenheit, dies zu beobachten. Das erste Stadium wird durch die russische Duma repräsentiert. In ihr finden sich alle Merkmale des Urzustandes des Parlamentarismus: Oratorische Kunstleistungen der Parteiführer im Plenum selbst, die fähig sind, im Augenblick die Gruppierung der Parteien zu ändern. So kann von sicherer Majorität bis zur Abstimmung keine Rede sein, bevor in der Duma z. B. etwa der Kadettenführer Malakow oder Baron Meyendorff gesprochen haben.

Man sieht, welche Gefahr dieser Zustand für eine Partei als solche bildet, wenn infolge der vorangehenden Ungewissheit bei der Verlegung der Entscheidung in das Plenum selbst bis zum letzten Augenblick oft nicht feststeht, in welcher Richtung die Entscheidung fallen wird. Diese Verhältnisse führen den Parlamentarismus zu einer Entwicklungsstufe, die Bernhard als das zweite Stadium bezeichnet: man lässt an Stelle der entscheidenden Plenarsitzung die endgültige Fraktionsberatung treten. Im Plenum beschränkt man sich auf eine knappe Erklärung im Namen der Partei, oder man hält eine

grosszügige Programmrede, die, über die augenblickliche Angelegenheit hinausgehend, in ihrer agitatorischen Wirkung auf weiteste Kreise berechnet ist. Die Beredsamkeit dieser Redner, wie etwa Windthorst, Eugen Richter, lässt sich charakterisieren als scharf, kühl, sachlich, sarkastisch. Das Machtbedürfnis der Parteien führt aber in den Fraktionsberatungen noch zu etwas weiterem, dem Parteizwang. Zwar gilt er zuerst als unmoralisch, doch allmählich wandelt sich die Anschauung in das krasse Gegenteil: es bedeutet feige Treulosigkeit und Unentschiedenheit, sich der Partei (eigentlich doch nur dem Parteizwang) entziehen zu wollen.

Doch noch immer scheint den Führern die Macht der Partei nicht genügendgesichert zu sein. Wer bürgt dafür, dass, wenn in dem einen Jahre eine Partei die Wahl durch ihre Majorität in ihrem Sinne beeinflusst hat, nicht einige Zeit darauf sich die Verhältnisse derart verschoben haben, dass zwar die Vertreter der Partei noch immer am Ruder sind, während diese selbst in Wirklichkeit, berechnet nach den hinter ihr stehenden Wählermassen, schon längst nicht mehr diesen Platz verdient. Infolgedessen sind die Parteien jetzt bestrebt, sich durch Verankerung im Volke ein sicheres, unverrückbares Fundament zu schaffen. Diese Bestrebungen charakterisieren die dritte Epoche.

In Deutschland setzt sich dieses neue Fundament der Parteien aus folgenden Pfeilern zusammen: Die Sozialdemokratie stützt sich auf die Gewerkschaften, auf die Arbeitersekretariate, die durch die Art ihrer Auskunftserteilung in alle Verhältnisse hineingreifen, und auf die Konsumgenossenschaften, die sie aus den grossen unpolitischen Genossenschaften herausgezogen und durch Personalunion mit der Partei verbunden hat. Die Konservativen sind im „Bund der Landwirte" verankert, der über die Landratsbrücke hinweg seinen Einfluss bis in die höheren Beamtenstellen geltend macht. Das Zentrum wurzelt im „Volksverein für das katholische Deutschland", in den christlichen Gewerkschaften und in der Kirche. So entstanden korporative Gebilde als Rumpf der Partei, die parlamentarische Vertretung ist nur ihr „sprachbegabter Kopf".

Eine derartige Verankerung hat sich allein der Liberalismus nicht zu erringen vermocht. Dies ist zu erklären aus seiner Zusammensetzung, die ihm die Erlangung einer korporativen Formation erschwert. Er ist nämlich das, was man Bürgerschaft nennt. Nach ihrem Bestand aus Grossindustrie, Kleinindustrie und unselbständigen Angestellten neigt sie teils nach rechts, teils nach links; und auch die Vertreter der übrigen liberalen Masse, der Finanz, Literatur, Kunst, Wissenschaft sind viel zu individuell, um leicht aus sich heraus eine umfassende Korporation bilden zu können. An Gelegenheit, sich korporative Fundamente zu schaffen, hat es aber dem Liberalismus nicht gefehlt. Zweimal bot sich ihm die Möglichkeit dazu: bei der Gründung der Schulze-Delitzschen Genossenschaften und der Hirsch-Dunkerschen Arbeitervereine. Er hat sich beide entgehen lassen. Ob er das auch jetzt tun wird nach Entstehen des Hansa-Bundes? In ihm zeigt sich dem Liberalismus ein neues Mittel, seinen rumpflosen, nur aus einem Kopf bestehenden Körper endlich komplett zu machen, und so zu verhindern, dass eine Partei, deren Ideen Handel und Industrie, Literatur und Wissenschaft beherrschen, die also den Träger der Kultur in Deutschland repräsentiert, politisch immer mehr zermürbt und zersplittert. Die in der Zukunft liegende Entscheidung des Gelingens oder Missglückens der Bildung eines korporativen Rückhaltes für den Liberalismus lässt sich mit Sicherheit nicht voraussagen.

Herr Prof. Bernhard schloss mit der Mahnung an uns, diesem bevorstehenden Kampfe und auch anderen Kämpfen um Verfassung und Verwaltung möglichst lange ein nur objektives Interesse zuzuwenden. Indem man sich bis zu endgültiger Entscheidung in gereiftem Alter neutral halte, beweise man bedeutend mehr Mut als durch verfrühten Eintritt in irgendeine Partei.

Hans Meyer, F.W.V.

Auswärtige Fragen der deutschen Reichspolitik.

Legationssekretär von Flöckher:

Am 8. d. M. war es uns vergönnt, einen glücklichen Grossgrundbesitzer in 5 hannoverschen Bezirken, leibhaftigen Majoratsherrn und Kaiserlichen Legationssekretär, Herrn Adolf von Flöckher in einer besagten Würden entsprechenden Weise über Fragen unserer auswärtigen Politik sich äussern zu hören. —

Er begrüsst es mit grosser Genugtuung, dass die Deutschen endlich der Aussenpolitik mit grösserem Interesse begegnen. Leider halten sie die Diplomatie immer noch für die Hüterin der wichtigsten Staatsgeheimnisse, während es doch dort fast gar nichts an Geheimnissen gibt; die Presse, die manchmal besser bedient sei als selbst die Regierung, leiste hier die besten Dienste (sic!). Das Auswärtige Amt setzt sich, wie der Vortragende ausführt, aus allererstklassigen Beamten zusammen, nur eins ist auszusetzen: ihre ungeheure Ueberlastung — es sind nur 6 vortragende Räte vorhanden, deren jedem 10 Staaten zugewiesen sind —; neu hervortretende Staaten (wie Japan, Südamerika) finden unter diesen Umständen nicht die nötige Berücksichtigung. Aeusserst wünschenswert wäre es weiter auch, wenn dem Amte weit grössere Geldmittel als jetzt zur Verfügung gestellt würden; deutsche Gesandte müssten Paläste im Auslande haben, um ihr Ansehen zu unterstützen!

In diesem Zusammenhang gestattete sich der Redner, einen in der folgenden Diskussion scharf aufs Korn genommenen Hinweis auf die allgemeine Zugänglichkeit der Diplomatenkarriere. Jeder könne Diplomat werden (bescheidener: sich als Attaché **melden**!); schon jetzt seien unter hundert Diplomaten: 10 bürgerliche, 29 bürgerlichen Ursprungs. Allerdings genügten für diese Laufbahn nicht allein Talente, sie erfordere wohl wie keine

zweite Persönlichkeiten; denn oft genug seien ja unsere Vertreter im Ausland auf ihre eigenen augenblicklichen Entschliessungen angewiesen und ohne Verbindung mit Berlin auf sich allein gestellt.

Nach einer nun folgenden Lobeshymne auf die Friedenspolitik des Kaisers wurde unsere Aufmerksamkeit (soweit nicht die Versammlung bereits schlief) auf die für Deutschland interessanten Weltstaaten gelenkt. Im Brennpunkt des Interesses stehen augenblicklich die Vereinigten Staaten, da unser Handelsabkommen mit ihnen am 31. März 1910 abläuft; allein der Vortragende hält die sogenannte amerikanische Gefahr für stark übertrieben. Die Amerikaner hätten mit sich selbst genug zu tun, um es nicht auf eine Krise ankommen zu lassen: ihr jungfräulicher Ackerboden sei stark verringert, schon seien überall künstliche Düngemittel erforderlich; es beginne die Emanzipation der Arbeiter, für die in der Union noch nicht das geringste getan sei (ihre Kräfte würden aufs brutalste ausgenutzt, in allen Fabriken des Steeltrusts z. B. würden sie nur bis zum Alter von 42 Jahren beschäftigt, dann seien sie brotlos; jeder müsse sich allein versichern; die bisher noch ungelöste Aufgabe, wie der nicht nur kaninchen-, nein mäuseartigen Vermehrung der Neger zu begegnen sei (von 80 Millionen Amerikanern jetzt schon 12 Millionen Neger) erheische dringend eine Lösung; die Philippinen seien den Amerikanern ein weiteres recht teures Schmerzenskind. So wüchsen also Amerikas Bäume nicht in den Himmel. Zuversichtlich sei indessen die Proklamation des Minimaltarifs durch Taft in allernächster Zeit zu erwarten.

Einen ebenso ausführlichen Bericht lieferte uns der Herr Vortragende über die lange Reihe der anderen Staaten (je 10 auf einen Rat). Diese teilweise recht erheiternden Sentiments im einzelnen wiederzugeben, ist der Druck der Monatsberichte zu teuer. Wer jedoch Lust hat sich hierüber genauer zu informieren, der möge die Nummern der Kreuzzeitung und der Politischen Korrespondenz der letzten drei Monate studieren, und es wird ihm nicht ein einziges Gedankchen des 5 fachen Majoratsherrn und Grossgrundbesitzers fehlen.

An diesen feudalen, hurrah-gespickten Vortrag schloss sich eine lebhafte Diskussion, deren mehr oder minder glückliche Redner der Vortragende mehr oder minder glücklich zu parieren wusste.

Ernst Meyer, F.W.V.

Die Sportkommission im Winter.

Hat irgend ein F.W.V.er von einer Tätigkeit der Sportkommission im Sommer viel gehört? Ich glaube, es war herzlich wenig. Obwohl die Sportkommission ihre Tätigkeit auf allerlei Arten Sports hätte ausdehnen können, begnügte sie sich mit der Veranstaltung eines zweimal wöchentlich stattfindenden Tennisspiels.

Jetzt ist es wegen der kalten Witterung auch mit diesem schönen Spiel vorbei, und es gewinnt den Anschein, als ob die Sportkommission einen Winterschlaf halten will.

Das darf aber nicht sein. Es muss eine Sportkommission für den Winter gewählt werden; diese muss die F.W.V.er auch zur Betreibung des winterlichen Sports zu bewegen suchen. Wie wäre es, wenn man sich an einem bestimmten Tage der Woche im Eispalast (sofern nicht Naturbahnen Gelegenheit geben) träfe und dort sich mal auf ein paar Stunden dem Schlittschuhlaufen widmete. Ferner könnte meiner Meinung nach für alle, die das Turnen pflegen wollen, ein Turnabend veranstaltet werden; dann brauchen nicht leidenschaftliche Turner einem andern Verein beizutreten, dem sie sich auch in andrer Richtung noch zu widmen haben.

Solche sportliche Veranstaltungen werden der Vereinigung in mehr als einer Richtung von grossem Nutzen sein; denn der an und für sich bis jetzt ziemlich lockere Verkehr der F.W.V.er untereinander wird dadurch zweifellos gehoben, und dass er eine Anregung und Auffrischung brauchen kann, wird niemand bestreiten. Also F.W.V.er wählt eine Sportkommission für den Winter und passt auf, dass sie was schafft. Auch sie wird zu der Entwicklung des Vereinslebens beitragen können.

Fritz Spanier, F.W.V.

Die Arbeitsvermittlung der F.W.V.

Eine der wenigen, wirklich erfreulichen Tatsachen ist es, dass zahlreiche Bbr.Bbr. und jüngere A.H.A.H., und sogar solche, die „es eigentlich nicht nötig hätten“, nach ganzer oder teilweiser wirtschaftlicher Selbständigkeit selbst während der Zeit der Vorbereitung auf ihren Beruf streben. Ebenso ist es eine Tatsache, dass es in einem so grossen Kreise, wie in der Zahl unserer A.H.A.H. und Bbr.Bbr., genug Leute gibt, die wissen, wo solche Möglichkeiten eines angemessenen Nebenverdienstes sich bieten, und die von Einfluss auf die Besetzung solcher Stellen sind. Mein Vorschlag ist nun der: die Vgg. möge ihren M.B.M.B. ein Blatt beifügen, oder auch vielleicht ein solches Blatt 14tägig versenden, auf dem sowohl die Beschäftigungsgesuche wie die Angebote verzeichnet sind. Sicherlich wird mancher A.H., der sich sonst nicht viel um die Vgg. kümmert, lieber einen Bbr. als einen völlig fremden Menschen zur Besetzung einer offenen Stelle empfehlen. Fast in allen grösseren Verbindungen ist ja das Prinzip vorhanden, sich gegenseitig auch praktisch weiterzuhelfen, und ebenso behält sicherlich der mehr Fühlung und Zusammenhang mit der Vgg., der sich auch im ledernen Philisterium nicht nur einiger vergnügter Stunden, sondern auch greifbarer Dienste von seiten der Vgg. erinnert. Die der Vgg. durch eine solche Vermittelung erwachsenden Kosten sind sehr gering und könnten leicht durch Erhebung eines kleinen Beitrags bei Besetzung einer Stelle gedeckt werden.

Dr. W. Kochmann.

Personalia.

Adressenveränderungen.

A.H. Schlichting, Kiel, Holstenbrücke 8/10.
Bbr. Schweitzer, N. 58, Schönhauser Allee 74.
Bbr. Rubensohn, O. 27, Blumenstr. 72.
Bbr. Jacoby, SO. 16, Michaelkirchstr. 25.
Bbr. Cohn, O. 27, Blankenfeldestr. 3.
Bbr. H. Meyer II, C. 25, Münzstr. 4.
Bbr. Kraus, W. 30, Goltzstr. 7.
Bbr. Sachs, SW. 29, Fürbringerstr. 14.
Bbr. Nelken, W. 64, Unter den Linden 33.
Bbr. Neuberg, N. 24, Linienstr. 130.
Bbr. Dobriner, Kalkberge i. M.
Bbr. Hirschberg, Telephon: Amt Wilm. 7052
Bbr. Otto Wolff, Naugard i. P.
Bbr. Rudolf Wolff, Naugard i. P.
Bbr. Bachstez, Charlottenburg, Kantstr. 27.
Bbr. Fuss, Charlottenburg, Pestalozistr. 88.
A.H. Günther Friedmann, Charlottenburg, Grolmanstr. 63, Amt Charl. 3606.
A.H. A. Redlich, NO. 55, Lippehnerstr. 35.
Bbr. Kauffmann, Telephon: Amt Charl. 5019,
Bbr. Burger, Dresden-A, Bismarckplatz 6.

F.W.V. Heidelberg.

Bbr. Fritz Weinberg, N. 24, Artilleriestr. 28.
Bbr. Liepmann, Havelberg a. H.
Bbr. Backhaus, München, Barerstr. 47.
Vbr. Speyer, Heidelberg, Bergheimerstr. 41,
Vbr. M. Weinberg, Heidelberg, Bunsenstr. 23.
Vbr. P. Mayer, Heidelberg, Häusserstr. 7.
Bbr. G. Katz, Heidelberg, Bergheimerstr. 27.
A.H. L. Weil, Fürth i. B., Friedrichstr.
A.M. Dr. Bamberger ist Assistent am pathologisch-anathomischen Institut der Universität Bonn.
A.H. Dr. Mannheimer ist Lehramtskandidat in Oppenheim a. Rh.

Prüfungen, Auszeichnungen, Niederlassungen etc.

E. M. Geh. Justizrat von Liszt wurde in Charlottenburg zum Stadtverordneten wiedergewählt.
A.H. Paul Hirsch wurde in Charlottenburg zum Stadtverordneten wiedergewählt.
A.H. Oscar Cohn wurde in Berlin zum Stadtverordneten gewählt.
A.H. Schlichting hat sich in Kiel als Rechtsanwalt niedergelassen.
A.H. Donig bestand die grosse juristische Staatsprüfung.
Bbr. Arthur Wolff bestand das medizinische Staatsexamen.
Bbr. Isaac bestand das tentamen physicum mit gut.
Bbr. Fritz Berndt bestand das tentamen physicum mit gut.
Bbr. Jacobsohn bestand das tentamen physicum.
Bbr. Dobriner wurde dem Amtsgericht Kalkberge als Referendar überwiesen.
Bbr. Liepmann, Heidelberg wurde dem Amtsgericht Havelberg als Referendar überwiesen.
Bbr.Bbr. Otto und Rudolf Wolff wurden dem Amtsgericht Naugard i. P. als Referendar überwiesen.
Bbr. Wundermacher bestand die grosse juristische Staatsprüfung.

Es gingen nach auswärts (2)

Nach München: Bbr. Perls
nach Heidelberg: Bbr. G. Katz.

Es kehrten zurück (3)

Bbr.Bbr. Kuznitzky, Mühlberg, Schwabach.

Es wurden aufgenommen (5)

stud. med. I Hans Meyer II
stud. med. I Erich Schweitzer
stud. jur. I Gerhard Jacoby
stud. jur. I Siegbert Cohn
stud. phil. I I Georg Rubensohn.

Zur Aufnahme meldeten sich (4)
für die F.W.V. Berlin (3)

stud. jur. IV Kurt Beck
stud. cam. V Martin Marx
stud. phil I Georg Köhler.

Für die F.W.V. Charlottenburg (1)

stud. ing. Lurie.

Zu A.H. wurden ernannt (2)

Bbr. Salomon (05/06—09/10)
Bbr. Glass (06/07—09/10)

Familiennachrichten.

A.M. Dr. Bamberger hat sich verheiratet.
Vbr. Arthur Lewkowitz ist ausgeschlossen worden.
Vbr. Carl Rosenthal ist XX i. V.

Die Kasse der R. K. hat Bbr. Ernst Meyer I übernommen.

Winterausflug
ins
! Riesengebirge !
Näheres auf der ersten Seite.

Meldungen
erbeten bis 10. Dezember 1909

an
Bbr. Cramer
Charl. 4
Suarezstr. 5.

oder

an
AH. Dr. Calmon
Berlin W. 50
Nürnbergerstr. 69a.

Am Mittwoch, den 8. Dezember h. a.

9 h. s. t.

findet im Festsaal des

Charlottenburger Schillertheaters

ein

Gesellschaftsabend

statt. Vortrag von Herrn **Professor Dr. Sternfeld.**
„Aus meinen Erinnerungen an Bayreuth und seinen Meister“.

Adressen für Einladungen bitten wir umgehend dem Schriftwart, Bbr. Hans José Rehfisch, O. 17, Andreasstr. 4, Tel. Amt VII, 2025, mitzuteilen.

Die Redaktions-Kommission. I. A.: Dr. Curt Calmon, W. 50, Nürnbergerstr. 69a.
Druck von J. S. Preuss, Kgl. Hofbuchdr., Berlin S. 14, Dresdenerstr. 43.